

Antrag der Fraktion der CDU

„LLM Roland“ – ein Large Language Model für eine „KI-Offensive“ in der bremschen Verwaltung implementieren

Mit „ChatGPT“, einer der ersten, freiverfügbaren Anwendungen, ist künstliche Intelligenz (KI) in der breiten Öffentlichkeit angekommen. Seit der Veröffentlichung sind eine Vielzahl von innovativen KI-Tools entstanden. Die Basis dieser Anwendungen sind sogenannte „Large Language Models“, kurz: LLMs (auf Deutsch: Große Sprachmodelle). Diese sind darauf ausgelegt, menschliche Sprache zu verstehen und zu generieren. Sie können Texte analysieren und verstehen, kohärente Antworten generieren und sprachbezogene Aufgaben ausführen. Diese Sprachmodelle unterstützen beispielsweise bei der Recherche, Zusammenfassung und Erstellung von Texten.

KI ist dabei nicht Selbstzweck, sondern bietet auch in der öffentlichen Verwaltung viele Potenziale und Chancen. So können z.B. Chatbots bei einfachen Fragen Orientierung bieten und Sachverhalte erklären. Beschäftigte können von wiederkehrenden Aufgaben entlastet werden, indem die Bearbeitung gebundener Entscheidungen ohne Ermessensspielraum durch (regelbasierte) KI-Systeme vorgenommen wird. KI kann im Beschaffungswesen, der Personalgewinnung sowie für Monitoring und Analyseaufgaben eingesetzt werden. Durch die Vermeidung von Medienbrüchen werden manuelle Fehler minimiert. Effizientere Prozesse führen zu kürzeren Wartezeiten, denn KI ist 24/7 verfügbar. Mehrsprachige Angebote lassen sich durch künstliche Intelligenz einfacher realisieren sowie blinde und hörgeschädigte Menschen passgenau unterstützen. Durch den Einsatz von KI wird in der Verwaltung mehr Raum für die individuelle Beratung von Bürgerinnen und Bürgern frei. So lassen sich die Geschwindigkeit und Servicequalität von Prozessen zur Zufriedenheit der Nutzerinnen und Nutzer verbessern. Nur durch den Einsatz von KI wird es gelingen, Überlastungen in der öffentlichen Verwaltung abzubauen und staatliche Prozesse trotz des zunehmenden Fachkräftemangels auch in Zukunft sicherzustellen.

Jedoch scheinen allgemein trainierte Sprachmodelle wie GPT-3.5 oder GPT-4 nicht geeignet, um komplexe Prozesse in der Verwaltung zu lösen. Abgesehen von datenschutzrechtlichen Bedenken stehen allgemein verfügbaren Tools wie ChatGPT nicht alle notwendigen Informationen für fachspezifische Aufgaben zur Verfügung. Large Language Models müssen für die Zwecke der öffentlichen Verwaltung entsprechend „trainiert“, d.h. es müssen große Datensätze eingespeist werden. Dafür müssen zuvor die technischen und organisatorischen Voraussetzungen geklärt und geschaffen sowie mögliche Anwendungsfelder identifiziert und definiert werden. Es bietet sich an, dies – dem Beispiel an-

derer Bundesländer folgend – in einem Pilotprojekt zu prüfen und erste Anwendungen einer Testgruppe zur Verfügung zu stellen. Hamburg („LLMoin“) und Baden-Württemberg („F13“) haben entsprechende Projekte in ihren Innovations-Labs bereits eingeführt. Hamburg pilotiert ein in Deutschland entwickeltes Sprachmodell mit den Funktionen Zusammenfassung, Recherche-Assistent, Textgenerierung und Expertenmodus. Baden-Württemberg prüft die Funktionen Zusammenfassung, Kabinettsvorlage-Vermerk, Rechercheassistent und Fließtextgenerierung („Vermerkomat“).

Mit einem solchen Pilotprojekt unter dem Arbeitstitel „LLM Roland“ soll auch im Land Bremen eine robuste Entscheidungsgrundlage für den breit angelegten Einsatz von KI in der öffentlichen Verwaltung geschaffen werden. Dabei sollte nach Möglichkeit neutrale, externe Expertise, wie z.B. des Fraunhofer-Instituts oder des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz (DFKI), hinzugezogen werden. Flankiert werden muss die „KI-Offensive“ in der bremischen Verwaltung durch einen geeigneten rechtlichen Rahmen sowie eine breit angelegte Informations-, Aus- und Weiterbildungskampagne. Denn nur durch eine offene und informierte Debatte kann sichergestellt werden, dass KI zum Wohl aller eingesetzt wird. Dies gelingt nur auf Basis eines grundlegenden Verständnisses der Materie.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. ein Pilotprojekt mit Test-Usern aus verschiedenen Bereichen in der bremischen öffentlichen Verwaltung zu initiieren, um Einsatzszenarien und -bereiche für künstliche Intelligenz sowie die dafür notwendigen technischen und organisatorischen Voraussetzungen zu prüfen und zu schaffen;
2. im Rahmen dieses Pilotprojekts, möglichst unter Hinzuziehung neutraler, externer Expertise, ein sprachbasiertes KI-Modell zu definieren bzw. zu entwickeln und zu trainieren, das auf die Erfordernisse der bremischen Verwaltung zugeschnitten ist;
3. das Pilotprojekt bis Ende 2024 zu evaluieren mit dem Ziel, im Jahr 2025, beginnend mit den bürgernahen Bereichen und danach sukzessive allen Beschäftigten in der bremischen öffentlichen Verwaltung, im Rahmen einer „KI-Offensive“ ein robustes KI-Sprachmodell zur Verfügung zu stellen;
4. diese „KI-Offensive“ durch den dafür notwendigen rechtlichen Rahmen zu flankieren; dazu zählen beispielsweise die Definition klarer Leitlinien für den Einsatz von KI in der bremischen Verwaltung, die Überarbeitung von Vergaberichtlinien, eine Lockerung des „Besserstellungsverbots“ sowie die Schaffung von Experimentierklauseln für die öffentliche Hand;
5. die „KI-Offensive“ durch eine breit angelegte Kampagne zur Information, Aus- und Weiterbildung zu flankieren mit dem Ziel, sowohl Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung als auch interessierten Bürgerinnen und Bürgern Wissen über die Funktionsweise und über die Chancen und Risiken von KI sowie Grundfertigkeiten im Umgang mit ihr zu vermitteln;

6. dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit (WMDI), der Deputation für Inneres und ggf. weiteren beteiligten Ausschüssen und Deputationen spätestens sechs Monate nach Beschlussfassung und danach halbjährlich über den Projektfortschritt und Umsetzungsstand zu berichten.

Simon Zeimke, Theresa Gröninger, Frank Imhoff und Fraktion der CDU